

Pressemitteilung

19. August 2021

Deutschland-Tour des Spitzenkandidaten der FREIE WÄHLER – BREMEN-Besuch von Hubert Aiwanger

Hubert Aiwanger, Stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister von Bayern sowie Spitzenkandidat der FREIE WÄHLER zur Bundestagswahl am 26.09.2021 hat vom **17.08.2021 bis 18.08.2021** das Land Bremen besucht.

„Zwischen dem von außen wahrgenommenen Eindruck Bremens als Haushaltsnotlageland und Schlusslicht in sämtlichen nationalen Vergleichsstudien und dem was ich hier in meinen beiden Tagen Aufenthalt erlebt habe, klafft eine erhebliche Lücke. In Jahrhunderten wurde eine Hanse- und Handelsstadt von internationalem Rang von tüchtigen Menschen aufgebaut, deren Zeugnis sich nicht nur in den vielen historischen Gebäuden rund um Marktplatz und Schnoor ablesen lässt, sondern - wie ich erfahren durfte – sich auch an der Wirtschafts- und Innovationskraft vieler kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen zeigt“ so Aiwanger nach seinem zweitägigen Zwischenhalt in Bremen.



Der Vorstand der Bremer Tageszeitungen AG, **David Koopmann**, hat in einem Hintergrundgespräch darauf aufmerksam gemacht, welche Herausforderungen gerade für Print-Medien aus dem Wettbewerb um Werbeeinnahmen mit den globalen Konzernen wie google, facebook & Co. erwachsen. So sollen Suchmaschinen einen erheblichen Einfluss darauf haben, wo beispielsweise im Ranking Stellenanzeigen von Online-Anbietern oder regionalen Zeitungen gelistet werden. Für Unternehmen werde es dadurch zunehmend attraktiver, ihre Anzeigen in Top-gelisteten Portalen zu schalten und nicht mehr bei regionalen Anbietern. Dies habe bspw. in den letzten Jahren bei den Bremer Tageszeitungen zu starken Auswirkungen bei den Umsätzen im Stellenmarkt geführt. Demgegenüber seien die Vertriebs Erlöse erfreulich stabil, wengleich natürlich auch in Zukunft alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um auch junge Leute weiterhin für das gedruckte Wort zu begeistern. Eine weitere Herausforderung erwachse aus der seit Jahren nicht gestiegenen Freigrenze von € 450,00 für Mini-Jobber und den Anforderungen aus dem Mindestlohn. Die Zustellung der Zeitungen erfolge meist in den frühen Morgenstunden zwischen 3.00-6.00 Uhr, häufig von Rentner/-innen (80 % der 1.600 Zusteller/-innen), die sich etwas dazu verdienen wollen. Eine Anhebung des Mindestlohnes führe – innerhalb der 450€-Grenze – zu einer Reduzierung der möglichen Arbeitszeit. Dies kann kaum durch neue Mitarbeiter/-innen

aufgefangen werden. Die Forderung von David Koopmann besteht darin, die Verdienstgrenzen anzupassen und auf ca. € 800,00 zu erhöhen. Ein besonderer Wettbewerbsdruck entstehe weiter dadurch, dass der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk seit geraumer Zeit und zunehmend lokale und regionale Inhalte textlich für deren Online-Dienste aufbereitet. Dies sei, so Koopmann, vom Rundfunkstaatsvertrag so nicht gedeckt. **Hubert Aiwanger** und **Patrick Strauß**, Direktkandidat im Wahlkreis 54 – Bremen I, haben zugesagt, die vorgetragenen Themen intern zu vertiefen, zu diskutieren und Lösungen mit gesundem Menschenverstand an geeigneter Stelle vorzutragen und einzubringen.

In einem weiteren Termin mit hochrangigen Vertretern der bremischen Wirtschaft wurden dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister von Bayern in einer stringent vorgetragenen Präsentation die Stärken des Wirtschaftsstandortes vorgestellt und über Innovationsthemen für eine stabile Zukunft Deutschlands diskutiert. Deutlich wurde in welcher besonderen Weise die Bundesländer Bayern und Bremen auf Unternehmensebene bereits kooperieren und, dass zwischen der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung zwischen den Durchschnittswerten der Länder kaum ein Unterschied besteht.



Nach verschiedenen Presse- und Fototerminen an den Bremer Stadtmusikanten - als dem bekannten Symbol Bremens -, dem Marktplatz und am Schulschiff Deutschland hat sich Hubert Aiwanger noch zu einem Informationsgespräch mit der Geschäftsführung eines namhaften Repräsentanten maritimer Technologien getroffen. Deutlich wurde in diesem, aber auch in den weiteren Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmer/-innen am Vortag, dass der Politik eine gewisse Entscheidungsschwäche attestiert wurde und die Gesetze oft nicht den Ansprüchen an die moderne Arbeits- und Lebenswelt gerecht werden. Gerade im Arbeitszeitgesetz ist die starre Logik des Gesetzes mit den Anforderungen zum Beispiel aus dem Wechsel zwischen Heim- und Präsenzarbeit oftmals nicht praktikabel. Die Gewerkschaften kennen die Wünsche und Bedürfnisse junger und älterer Arbeitnehmer an Worklife-Balance oder modernes, agiles Arbeiten ebenso wie Unternehmen. Die Praxisferne und mitunter Langsamkeit der Politik, aber auch ideologische Vorbehalte führen jedoch dazu, dass Bürokratie und Überregulierung gut gemeint sein mögen, aber mitunter Wachstum bremsen. Gewünscht wird Planungssicherheit und Entscheidungsstärke, auch bei unangenehmen Themen. **Aiwanger** resümiert: „Es war spannend, zu erfahren, dass auch in Bremen an der Nutzung von Wasserstofftechnologie im maritimen Umfeld geforscht wird und erste Umsetzungsschritte erfolgen. Besonders gefreut habe ich mich über die enge Kooperation zwischen bayerischen und bremischen Unternehmen. Eine interessante Idee, die genau zur Politik mit gesundem Menschenverstand der FREIE WÄHLER passt, ist, Unternehmen mit einer vorbildlichen Arbeitsorganisation für Arbeitnehmer/-innen und/ oder einer hohen Ausbildungsquote mit besonderen Förderungen wie einem Steuerbonus oder Vorteilen bei Ausschreibungen zu belohnen. Ein Gedanke den wir auf Praxistauglichkeit und Umsetzungsfähigkeit überprüfen werden.“

Zum Abschluss des Bremen-Aufenthaltes von Hubert Aiwanger dankte der Landesvorstand der FREIE WÄHLER Bremen dem Spitzenkandidaten für seinen Besuch. „Es war eine Freude und Ehre, dem bayerischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister unsere schöne Heimatstadt vorzustellen und das Ziel wurde wohl erreicht, die bayerischen Gäste für Bremen zu begeistern. Nun heißt es, die FREIE WÄHLER in Bremen und im Bund weiter zu stärken, damit Bremen und Norddeutschland auch in Berlin wieder wirksamer repräsentiert werden. Hauptaufgabe in Bremen bleibt aber auch nach den vielen Gesprächen der vergangenen Tage, die Kinder und Jugendlichen durch Bildung, Bildung und Bildung zu befähigen, unser aller Wohlstand und Wohlergehen auch in Zukunft zu sichern“, so **Patrick Strauß**.



Ansprechperson

Pressestelle FREIE WÄHLER Bremen
Patrick Strauß
Schubertstraße 22
28209 Bremen
Fon +49 172 979 55 25
Mail lsf@hb.freiewaehler.eu